

darauf insistieren, daß wir die Aussagen der Bibel zu erheben versuchen und unsere Folgerungen belegen. Faktisch ist es bei uns teilweise sogar so gewesen, daß wir angesichts der unsere bisherigen Vorstellungen in Frage stellenden Realitäten, denen wir bei der „Integrierten Gemeinde“ begegneten, zur Bibel geflüchtet sind, dort dann allerdings von den Texten her gezwungen wurden, unsere früheren Ansichten zu revidieren. Für unser subjektives Erleben war dies oft die schwere Mühe intellektueller Redlichkeit. Nach David Seeber erscheinen wir fast als Theoriefabrikanten auf Bestellung. Aber wenn Ergebnisse exegetischer Arbeit dem heutigen Durchschnittsverständnis von Kirche gegen den Strich gehen, wenn sie ärgerlich

und provozierend sind, so könnte das ja immerhin damit zusammenhängen, daß sie lang unterdrückte oder verdrängte oder doch zumindest verharmloste Aussagen der Schrift ans Tageslicht bringen. Muß man dann von neuem verdrängen? Oder sollten wir nicht besser unser Verständnis von Kirche der Schrift anpassen? Von hier aus gesehen ist uns der Satz, daß unsere Position, „ob biblisch oder geschichtlich (aus bestimmten Traditionen) begründet, nur ein *grundlegendes Mißverständnis von Kirche sein*“ kann, schlicht unbegreiflich. Wer bestimmt, was Kirche ist? Die Bibel – oder das heutige Durchschnittsverständnis?

Gerhard Lohfink
Norbert Lohfink

Kurzinformationen

Bei der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz vom 12. bis 15. März in Altötting wurde der erste Teil eines Erwachsenenkatechismus beraten und gebilligt. Es handelt sich um eine Darlegung der katholischen Glaubenslehre, die hauptsächlich vom Tübinger Dogmatiker *Walter Kasper* erarbeitet wurde. Nach der vom neuen CIC (c. 775,2) vorgeschriebenen Approbation durch Rom soll der Text veröffentlicht werden. Geplant ist ein zweiter Teil, der sich mit der Sittenlehre befassen soll. Die Bischöfe beschäftigten sich in Altötting auch mit der Resonanz auf das Hirtenwort „Gerechtigkeit schafft Frieden“, erörterten Grundfragen einer kirchlichen Medienpolitik und berieten über die Anpassung der Statuten der Bischofskonferenz an das neue Kirchenrecht. Mit einiger Spannung war nach den Auseinandersetzungen um das „Songbuch 2“ (vgl. HK, Februar 1984, S. 52) das Ergebnis der bischöflichen Beratungen über die KJG erwartet worden: Dem Pressebericht von Kardinal Höffner zufolge setzen die Bischöfe zunächst auf *weitere Klärungen* vor allem in den Diözesanverbänden der KJG. Gleichzeitig wurde in Altötting festgehalten, eine einseitige kirchenkritische Ausrichtung der KJG widerspreche ihrem Auftrag, den Mitgliedern die Lehre und den Glaubensvollzug der Kirche zu erschließen. Die pädagogische Arbeit müsse am katholischen Glauben orientiert sein und den primären Erziehungsauftrag der Eltern respektieren. Die von der Bundesleitung der KJG zugesagte Korrektur der Zeitschrift „forum“ habe sofort zu erfolgen. In Äußerungen zu politischen Fragen sei die KJG an die katholische Soziallehre gebunden. Unter den gesellschaftspolitischen Fragen nahmen bei der Vollversammlung die Themen *Arbeitslosigkeit* und *Familienpolitik* den größten Raum ein. Dabei wurde die Bundesregierung deutlich kritisiert: Eine „familienpolitische Komponente“ (bei der Steuertarifreform) und Hilfen zwischen 5 und 7 Milliarden für die Familien seien zu wenig. Die Bischöfe begrüßten die politischen Initiativen gegen die Finanzierung von Abtreibungen durch Krankenkassenleistungen und die Gründung einer Stiftung „Mutter und Kind“ durch die Bundesregierung.

Nach der jetzt vorgelegten Statistik der EKD für das Jahr 1982 zählten die evangelischen Landeskirchen in der Bundesrepublik Ende 1982 rund 25,7 Millionen Kirchenmitglieder. Das sind etwa 200 000 weniger als im Jahr zuvor. Die Zahl der Kirchenaustritte war 1982 mit 113 375 Personen geringfügig niedriger als im Vorjahr, 33 885 Personen wurden in die Gliedkirchen der EKD auf-

bzw. wiederaufgenommen. Auf hundert Geburten von Kindern evangelischer Eltern und von Kindern mit einem evangelischen Elternteil kamen im Berichtsjahr 76 evangelische *Taufen* (einschließlich der Spättaufen von Kindern bis zum dreizehnten Lebensjahr). Von den Kindern aus Ehen mit einem evangelischen und einem katholischen Partner wurden 1982 knapp über die Hälfte evangelisch getauft. Konfirmiert wurden wie in den vorausgegangenen Jahren nahezu alle 14- bzw. 15jährigen evangelischen Jugendlichen. Von 100 Paaren mit einem oder zwei evangelischen Partnern ließen sich 45 in einer evangelischen Kirche trauen; insgesamt betrug die Zahl der von einem evangelischen Pfarrer getrauten Paare 91 692. Von rein evangelischen Paaren wurden 68% nach der standesamtlichen Eheschließung kirchlich getraut (die Zahlen aus den einzelnen Landeskirchen bewegen sich zwischen 81% in Schaumburg-Lippe bzw. 78% in Württemberg und 34% in Berlin). Wie in den Jahren zuvor wurden auch 1982 etwa ein Drittel der evangelisch-katholischen Paare evangelisch getraut (in der badischen Landeskirche 47%). Keine Veränderungen gegenüber den Vorjahren ergeben sich auch beim sonntäglichen *Gottesdienstbesuch*: Im Durchschnitt der vier Zählsonntage besuchten 1982 rund 6% der Kirchenmitglieder den Gottesdienst (an der Spitze liegt Württemberg mit 9%, Berlin und Bremen kommen auf 2% bzw. 3%). Etwa 27% der evangelischen Christen besuchten Gottesdienste am Heiligen Abend. Auch 1982 stieg die *Abendmahlsteilnahme* an; es wurden insgesamt 208 241 Abendmahlsfeiern in Gemeindegottesdiensten gehalten, davon 70% innerhalb des Gottesdienstes (1963 betrug dieser Anteil erst knapp über 30%).

Vom 12. bis 17. Juni 1984 wird *Johannes Paul II. der Schweiz einen Besuch abstatten*. Die sechs Tage dauernde Reise wird den Papst nach Lugano, Genf (Ökumenischer Rat der Kirchen und Orthodoxes Zentrum), Fribourg, Bern, Flüeli-Ranft, Luzern und Sitten führen. Aus Anlaß des bevorstehenden Papstbesuches gaben die Schweizer Bischöfe ein *Hirtenwort* heraus. Der Brief stellt vor allem eine Antwort auf die vielfach – gerade auch von Katholiken – geäußerten Bedenken und Reserven dem Papstbesuch gegenüber dar. In einem ersten Teil erläutern die Bischöfe, welche Bedeutung dem Papsttum nach katholischem Verständnis zukomme. Der Papst sei keine „Art Monarch über eine zentral regierte Kirche“, auch kein „Überbischof“. Die Vorrangstellung des Bischofs von Rom erkläre sich durch das „Fundament der Apostel“. Rom

sei die „Kirche der Apostel Petrus und Paulus“. „Bezugspunkt und das Einheitszentrum aller Kirche“ sei Rom, weil in ihr in besonderer Weise „die apostolische Überlieferung“ bewahrt sei. In einem zweiten Teil sprechen die Bischöfe die *Bedeutung der Papstreise* an. Wenn der Papst eine Ortskirche besuche, dann bringe er „die Weite der Weltkirche“ mit. Sein Besuch der Kirche der Schweiz stelle eine Einladung dar, „Geist und Herz weit zu öffnen für die Anliegen der Weltkirche, als deren Sprecher der Papst zu uns kommt“. Indem man ihn empfangt, erneuere man seine Verbundenheit mit den vielen Ortskirchen. Dies sei für die Kirche in der Schweiz besonders wichtig, da sie sich als kleine Kirche immer wieder in der Gefahr befinde, die eigenen „Sorgen und Anliegen in den Mittelpunkt zu stellen“. Zum Stichwort „Glaubensspaltung“ weisen die Bischöfe darauf hin, daß der Papst sich dieser Last der Vergangenheit bewußt sei. Angesichts der sich in der Kirche ausbreitenden „Mutlosigkeit und Resignation“ unterstreichen die Bischöfe, daß der Papst dazu einladen wolle, den Glauben zu erneuern. Auffallend deutlich gehen die Bischöfe auf Befürchtungen ein, die innerkirchlich auch im Zusammenhang mit dem Papstbesuch geäußert werden: „Wir wissen, daß manche unter Euch befürchten, die Kirche könne wieder enger werden, der Aufbruch des Konzils würde gebremst oder gar gestoppt werden. In dieser Hinsicht wird von einigen mit Kritik am Papst nicht gespart. Wir möchten daher gerade die Besorgten unter Euch einladen, nicht bei Ängsten und Befürchtungen stehenzubleiben.“ Der Papst komme, um Ermutigung zu bringen.

Die Möglichkeit einer kirchlichen Trauung für Geschiedene ist in der Kirche von England nach wie vor umstritten. Das zeigte sich auf der letzten Tagung der Generalsynode Ende Februar. Die Frage mußte von der Synode erneut beraten werden, nachdem eine im Juli 1983 verabschiedete Prozedur für die Zulassung Geschiedener zur kirchlichen Trauung auf breiten Widerstand gestoßen war. Die große Mehrheit der Diözesansynoden hatte sich gegen die Regelung ausgesprochen, der man vor allem ihre mangelnde Praktikabilität vorwarf. Schließlich beschlossen die Bischöfe am 31. Januar, die Regelung wieder fallenzulassen. Nach einer heftigen Debatte, bei der wiederum grundsätzliche Gegner und Befürworter einer kirchlichen Trauung Geschiedener zu Wort kamen, verabschiedete die Generalsynode jetzt *Leitlinien für eine neue Regelung*, auf deren Grundlage die Bischöfe bis zur nächsten Sitzung im Juli detaillierte Vorschläge ausarbeiten sollen. Demnach soll die Entscheidung über die Zulassung Geschiedener zur kirchlichen Trauung beim Bischof liegen, der sich mit dem Gemeindepfarrer beraten soll. In bestimmten Fällen kann der Bischof ein spezielles diözesanes Beratungsorgan heranziehen, an das sich auch die betroffenen Eheleute und der Ortspfarrer wenden können. Die zu erarbeitenden Regelungen sollen stärker pastoral orientiert sein und Richtlinien enthalten, an denen sich Pfarrer, Bischöfe und Beratungsorgane bei der Entscheidung über den Einzelfall orientieren können. Bei der Abstimmung ergaben sich bei Klerus und Laien etwa je ein Drittel Gegenstimmen; sieben von 42 Bischöfen stimmten ebenfalls gegen die Vorlage. In der Debatte hatte Erzbischof *Robert Runcie* ausgeführt, es sei von Bibel, Theologie und christlicher Tradition her nicht unzulässig, die anspruchsvolle Lehre über die Ehe als lebenslange Gemeinschaft mit vertrauensvoller Großmut denen gegenüber zu verbinden, deren Ehe völlig zerbrochen sei. Ähnlich hatte sich Runcie schon 1981 geäußert, als in der Generalsynode der Grundsatzbeschuß gefaßt wurde, unter bestimmten Bedingungen die kirchliche Wiederverheiratung Geschiedener zuzulassen (vgl. HK, August 1981, S. 427).

Die Weigerung des chilenischen Präsidenten, General Augusto Pinochet, vier in die Apostolische Nuntiatur von Santiago geflüchtete Linksrevolutionäre ausreisen zu lassen, hat zu einem Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Chile geführt. Inzwischen scheint sich ein Einlenken der Regierung abzuzeichnen. Eine von der Regierung eingesetzte Sonderkommission prüft, wie General Pinochet Mitte März bekanntgab, „die juristischen, politischen und diplomatischen Aspekte gründlich“. Er werde die Bitte Papst Johannes Pauls II., ihnen das Verlassen des Landes zu gewähren, in seine Überlegungen einbeziehen. Die vier am 16. Januar bewaffnet in die Nuntiatur eingedrungenen Chilenen sind Mitglieder der verbotenen Untergrundorganisation MIR (Movimiento Izquierdista Revolucionario) und werden beschuldigt, an der Ermordung des Militärgouverneurs von Santiago, General *Carlos Urzua*, im August vergangenen Jahres beteiligt gewesen zu sein. Mitte Februar schickte der Papst einen Sonderbotschafter, *Claudio Gelli*, nach Chile, dem gegenüber Pinochet offenbar eine harte Linie vertrat. Der Apostolische Nuntius in Chile, Erzbischof *Angelo Sodano*, bezichtigte daraufhin die Regierung „mangelnder Hochachtung vor Johannes Paul II.“ Ein Sprecher der Nuntiatur erklärte, Chile besitze „keinerlei Verfügungsgewalt über die vier Oppositionellen mehr“. Die Regierung Ekuadors hatte sich bereits Anfang Februar bereit erklärt, die Flüchtlinge vorübergehend aufzunehmen.

Öffentliche Kritik an der katholischen Kirche des Landes äußerte General Pinochet auch, als sich bei einer regierungsfeindlichen Demonstration in der südchilenischen Stadt Punta Arenas aus Anlaß einer Militärparade, bei der Pinochet anwesend war, die von Sicherheitskräften verfolgten Demonstranten in eine Kirche flüchteten und dort Schutz fanden. Die Kirche wies den Vorwurf, die Demonstration organisiert zu haben, zurück. Erzbischof *Juan Francisco Fresno* von Santiago bedauerte den Ausbruch der Gewalttätigkeiten, die aber eine Folge des Eingreifens der Polizei gewesen seien. Anfang März warfen Unbekannte eine Brandbombe auf das Haus des Erzbischofs. Die Wände wurden mit Aufschriften wie „Schluß mit dem Marxismus in der Kirche“ besprüht.

Die Bischöfe Venezuelas haben eine Botschaft an die Bevölkerung des Landes gerichtet. Die Botschaft mit dem Titel „Die Ungerechtigkeiten müssen überwunden werden“ entstand als Ergebnis einer Vollversammlung, auf der sich die Bischöfe mit der Situation des Landes beschäftigten, in dem am 2. Februar der neue Staatspräsident *Jaime Lusinchi* sein Amt angetreten hat. Im Rückblick auf den Präsidentschaftswahlkampf heben die Bischöfe die Zeichen für die Wertschätzung des demokratischen Systems hervor, die sich dabei gezeigt hätten, beklagen aber gleichzeitig die Länge des Wahlkampfes und die damit verbundene Verschwendung von Geldern. Die politischen Parteien werden dazu aufgefordert, ihre Wahlkampfmethoden zu überprüfen, um das Land von einem Klima permanenter Unruhe und Aggressivität zu befreien. Es brauche in Venezuela eine *moralische Erneuerung*. Das Land verfüge über genügend Ressourcen, um ein dynamisches Gleichgewicht zu erreichen, das die Überwindung sozialer Ungerechtigkeit ermögliche. Bei der Krise des Landes handle es sich letztlich aber um eine moralische Krise. In den siebziger Jahren seien die Korruption in der Verwaltung und die Kriminalität gewaltig angestiegen. Dem müsse eine moralische Abwehrfront entgegengesetzt werden. Es brauche, so die Botschaft der Bischöfe, den Respekt vor dem Wert jeder menschlichen Person, die Achtung gegenüber dem Leben und der persönlichen Integrität. Die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen wie die Gewerkschaften sollten dem Land ein deutliches Beispiel einer

ehrlichen Verwaltung und einer dem Gemeinwohl verpflichteten uneigennütigen Arbeit geben. Die durch die schwierige wirtschaftliche Lage unvermeidlich gewordenen Opfer dürften nicht allein den Armen aufgebürdet werden. Die Bischöfe kündigen eine landesweite *Kampagne zur Evangelisierung* an, die durch Bekehrung und innere Erneuerung zur Bewältigung der Krise beitragen soll.

Die Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und den Privatschulen sind beendet. Erziehungsminister *Alain Savary* gab am 16. März seine Vorschläge zur Reform des Schulwesens bekannt. Im April soll der entsprechende Gesetzentwurf dem Ministerrat vorgelegt werden, so daß ihn die Nationalversammlung noch in ihrer Frühjahrssession beraten wird. Veränderungen wird es danach vor allem in den bereits in der Diskussion wiederholt genannten Punkten geben, und zwar in bezug auf die *Einrichtung und Auflösung von Schulklassen*, bei der *Finanzierung* durch den Staat und die *Gebietskörperschaften*, der *Dezentrali-*

sierung des Schulwesens sowie den *Status der Lehrer*. Den von Savary gemachten Vorschlägen ist deutlich ihr Kompromiß-Charakter anzumerken. In einer Erklärung betonte Savary, daß er die Vorschläge „im vollen Respekt vor der Unterrichtsfreiheit mache, vor der Freiheit der Wahl der Eltern“. Niemand könne darin jedoch alles finden, was er erwartet habe, aber jeder solle begreifen, daß die Vorschläge von Vernunft bestimmt seien. Von seiten des katholischen Schulwesens hieß es, daß vor allem in bezug auf den Status der Lehrer Uneinigkeit bestehe. Von Befürwortern eines ‚vereinigten‘ Schulwesens war schon vor Bekanntwerden der Vorschläge angekündigt worden, man werde jede Maßnahme bekämpfen, die auf einen Erhalt des dualen Schulsystems hinauslaufe. Zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen die Pläne der Regierung war es am 4. März in Versailles gekommen. 800 000 Menschen versammelten sich zu einer Großkundgebung, die den Höhepunkt einer Reihe von Demonstrationen in verschiedenen Teilen Frankreichs bildete (vgl. HK, März 1984, S. 106–107). Es handelte sich um die größte öffentliche Kundgebung seit dem Mai 1968.

Bücher

CLAUDE GEFFRÉ (Hrsg.). *Théologie et choc des cultures*. Colloque de l'Institut catholique de Paris. Les Éditions du Cerf, Paris 1984. 192 S. FF 55.-.

Dieser neue Band in der verdienstvollen Reihe „Cogitatio Fidei“ enthält die Referate und Diskussionsprotokolle eines theologischen Kolloquiums, das Anfang 1982 im Pariser „Institut catholique“ stattfand. Man hatte sich einem Thema gestellt, das für die Zukunft von Theologie und Kirche von großer Bedeutung ist: dem Strukturwandel der Theologie angesichts der gegenwärtigen kulturellen, religiösen und sozialen Herausforderungen. Das Interessante an der Art und Weise, in der dieses immense Thema in Paris angegangen wurde, ist darin zu sehen, daß hier die verschiedenen großen Problemfelder miteinander behandelt werden: In dem Band geht es gleichermaßen um die Konfrontation von Christentum und Theologie mit den außereuropäischen Kulturen wie um die Herausforderung durch die wissenschaftlich-technische Weltzivilisation, der sich kein Teil der Erde entziehen kann. Schließlich wird auch die Frage nach dem Universalitätsanspruch der christlichen Offenbarung angesichts dieses mehrfachen „Schocks“ gestellt.

So plädiert etwa der afrikanische Theologe *Jean-Marc Ela* vehement für eine afrikanische Theologie, die sich nicht auf die Inkulturation im Sinne einer Neuinterpretation des Christentums auf dem Hintergrund traditioneller Kultur und Religion beschränkt, sondern gleichzeitig als wirkliche Theologie des Volkes in den sozialen Konflikten Partei ergreift. Interesse verdienen auch die Ausführungen von *Pierre Eyt* zum Verhältnis von „Universel rationnel“ und „Universel catholique“. Eyt führt aus, daß man das Universale am Christentum nicht a priori postulieren könne, da es auf eine Vielzahl von Eigenarten, Differenzen und Diskontinuitäten gegründet sei. Da es in der einmaligen und besonderen Geschichte Jesu von Nazareth verankert sei, könne das Christentum nicht als unbestimmte offene, leere und neutrale Universalität gedeutet werden. In seinen Schlußbemerkungen weist *Claude Geffré* mit Recht darauf hin, daß die Antwort auf die Herausforderung durch die verschiedenen Kulturen wie durch die Moderne nicht die Erarbeitung einer monolithischen und einheitlichen Theologie sein könne.

U. R.

ELISABETH GÖSSMANN, *Die streitbaren Schwestern*. Was will die feministische Theologie? Herderbücherei Band 879, Verlag Herder, Freiburg-Basel-Wien 1981. 6,90 DM.

An Entwürfen einer feministischen Theologie – gerade auch im katholischen Raum – herrscht kein Überfluß. Der Bedarf scheint das Angebot allemal zu übersteigen. Vor allem wenn man mehr erwartet als Bekenntnis und Erfahrungsbericht, so wichtig auch solche Literatur vor allem zu Anfang dieses jungen Theologieablegers war, ist das Angebot nicht übermäßig groß. Die Autorin gibt einen informativen Überblick über die verschiedenen Bereiche der – wie sie feministische Theologie übersetzt – theologischen Frauenforschung. Sie zeigt den Zusammenhang feministischer Theologie mit den verschiedenen klassischen theologischen Teildisziplinen auf (1. Kap.) sowie die vielfältige Berührung dieses Themas mit Forschungen in der Religionsgeschichte und Kulturanthropologie (2. Kap.). Sie referiert den Weg einer feministisch-theologischen Exegese und Bibelforschung (3. Kap.) und Ergebnisse der historischen Frauenforschung im theologischen Bereich in bezug auf Kirchenväter (4. Kap.), Scholastik (5. Kap.) und frühe Neuzeit (6. Kap.). In einem abschließenden Abschnitt skizziert sie aktuelle Fragen der feministischen Theologie wie Mariologie, Ämtertheologie, Stellung der Frau in Ehe, Familie und Beruf sowie die Haltung der feministischen Theologie angesichts der Friedens- und Ökologiediskussion. Feministische Theologie wird hier im Kontext der allgemeinen theologischen Fragestellungen vorgestellt. Dadurch vermeidet die Autorin die nicht immer von der Hand zuweisende Gefahr der Gettoisierung der Frauenforschung. Feministische Theologie, wie sie sich hier präsentiert, versteht sich nicht als Selbstzweck, sondern soll sich eines Tages „trotz ihrer vielleicht noch lange notwendigen gesellschaftskritischen Aufgabe ... selbst überflüssig machen“. Sie sei keine „eigene theologische Disziplin neben anderen“, sondern gehöre in alle bestehenden hinein. Der unpolemische Ton, das kritische Verhältnis zu Positionen und Erscheinungen in Feminismus und Frauenforschung sollte auch Gegnern dieser Art theologischer Forschung deutlich machen, daß Fragen wie diese durchaus nicht nur exotische Themen von Außenseitern darstellen.

K. N.